

legalen Opposition im Sozialismus wurde bis zuletzt als „konterrevolutionäre Forderung“ verunglimpft.

Das ist ja leider auch heute noch im Sprachgebrauch so manches unserer Menschen drin. Ich erinnere mich an die Gründung eines Traditionsverbandes ehemaliger Offiziere der Nationalen Volksarmee, die in einem öffentlichen Aufruf das, was im Herbst 1989 bei uns passierte, als „Konterrevolution“ verunglimpften. Geschrieben im Dezember 1993!

Es kennzeichnet die Herrschaftsverhältnisse in der DDR, daß seit ihrer Gründung bis zum Sturz Erich Honeckers Opposition in der Volkskammer nur ein einziges Mal zu verzeichnen war, nämlich am 9. März 1972, als das Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft gegen 14 Nein-Stimmen und bei 8 Stimmenthaltungen verabschiedet wurde. Und selbst hier – so ist mir erzählt worden – sollen sich die betreffenden Abgeordneten zuvor vorsichtig erkundigt haben, ob ihnen aus solcher abweichenden Stimmabgabe nicht persönlicher Schaden erwachse! Nein – ihre Verweigerung in diesem einen Falle war aus politischen Gründen von den Machthabern sogar gewünscht. Die CDU sollte in den Augen der Kirchen als ein verlässlicher und ihnen nahestehender Gesprächspartner wachsen.

Angesichts der Vielfalt möglicher Verhaltensweisen in einer Diktatur sind Opposition und Widerstand – ich deutete es schon an – einer allgemeinen Begriffsbestimmung weithin entzogen. Martin Broszat operierte in seinen Forschungen zu Opposition und Widerstand unter dem NS-Regime mit dem Begriff der Resistenz. Sie bedeutete für ihn allgemein „wirksame Abwehr, Begrenzung, Eindämmung der NS-Herrschaft oder ihres Anspruchs, gleichgültig von welchen Motiven, Gründen und Kräften her.“ Diese Definition läßt sich analog auch auf die SED-Herrschaft übertragen. Die Begriffe „Opposition“ und „Widerstand“ gebrauchte Broszat übrigens gleichwertig.

Karl Wilhelm Fricke, der uns nachher den Eröffnungsvortrag halten wird, gebraucht diese Begriffe synonym für politische Gegnerschaft, wobei er Opposition als politische Gegnerschaft begreift, „die sich relativ offen, relativ legal zu entfalten versucht“, während dem Widerstand „jede Möglichkeit zu offener und legaler Entfaltung von vornherein genommen ist“.

Christoph Kleßmann definiert politische Opposition in der DDR als „eine zumindest ansatzweise organisierte Form der Abweichung von der herrschenden politischen Linie mit erkennbaren ideologischen und politischen Alternativkonzepten“, wohingegen er Dissidenz als „bewußte, wenn auch partielle Verweigerung und Abweichung“ sieht, durchaus unterschieden von dem Begriff der Resistenz, wie Broszat ihn bestimmt hat.

Hans-Adolf Jacobsen, wie Karl Wilhelm Fricke auch ein Mitglied unserer Enquete-Kommission, unterscheidet im Hinblick auf den Nationalsozialismus „passiven Widerstand“, soweit Selbstbehauptung von Gruppen und Institutionen, weltanschaulicher Dissens, innere Emigration, Verweigerung und

bewußte, regimeschädigende humanitäre Hilfe vorliegen, und „aktiven Widerstand“, der als unbedingte Gegnerschaft das System auf jede nur erdenkliche Weise offensiv, konspirativ oder indirekt bekämpft, um qualitative Änderungen und schließlich den Sturz der Unrechtsherrschaft zu erwirken. Auch diese Begriffsbestimmung hilft, den Widerstand in der DDR zu erfassen.

In ihrer historischen Vielfalt reichten die Möglichkeiten und Formen oppositionellen und widerständigen Verhaltens in der DDR von der Verweigerung bis zum spontanen Protest, vom bewußten, demonstrativen Aufbegehren bis zu innerparteilicher Opposition, von der offenen Bildung von Bürgerinitiativen bis zum Widerstand, der sich konspirativ sammelte und aktiv handelte.

Es charakterisiert die Widersprüchlichkeit des Regimes, wenn das Strafgesetzbuch der DDR einen Paragraphen enthielt, wonach Freiheitsentzug bis zu zwölf Jahren zu gewärtigen hatte, „wer dazu auffordert, Widerstand gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung zu leisten.“ Hier wurde mit Sanktionen belegt, was im Staat der SED eigentlich gar nicht existieren durfte, weil es „keine objektiven politischen oder sozialen Grundlagen“ dafür gab.

Nach so viel theoretischem Einstieg wollen wir aber nun sehr rasch und energisch konkret werden. Ich danke all denen, die sich als Wissenschaftler und vor allem als Zeitzeugen bereiterklärt haben, uns bei unseren Fragen nach den Motivationen, Möglichkeiten und Grenzen widerständigen und oppositionellen Verhaltens in der DDR behilflich zu sein.

Ich möchte Karl Wilhelm Fricke bitten, das Wort zu nehmen.

Karl Wilhelm Fricke (mit Beifall begrüßt): Herr Oberbürgermeister! Herr Vorsitzender! Verehrte Abgeordnete! Liebe Gäste! Mit dem, was Rainer Eppelmann hier zur Begriffsbestimmung von Opposition und Dissidenz, Resistenz und Widerstand in der DDR ausgeführt hat, kann ich mich so uneingeschränkt identifizieren, daß ich auf eigene Definitionsversuche verzichten möchte. Sie blieben nach meiner Auffassung ohnehin fragwürdig, weil sich Geschichte, auch die Geschichte von Opposition und Widerstand in der DDR, als dialektischer Prozeß vollzieht und daher letztlich kaum definieren oder gar in das Prokrustesbett einer Theorie zwingen läßt.

Ich halte es deshalb mit dem Berliner Historiker Peter Steinbach, der im Blick auf den Widerstand unter dem Hakenkreuz-Regime einmal geschrieben hat, daß „nicht primär eine historisch gesättigte Theorie des Widerstands anzustreben“ sei, „sondern eine möglichst farbige, inhaltlich und historisch differenzierte Gesamtgeschichte des Widerstands.“

Eine solche Gesamtgeschichte wäre ein wichtiger Beitrag der Historiker zu einer Theoriebildung oder, zumindest, zu einer Begriffsbestimmung von Opposition und Widerstand auch unter dem Regime der SED. Welche historischen Sachverhalte und Verhaltensweisen aus der Nachkriegszeit in der